

Brandenburg gemeinsam gestalten

Alle fünf Jahre wird das Parlament in Brandenburg neu gewählt. Am 1. September 2019 ist es wieder so weit.

Der Ausgang der Landtagswahl ist so spannend wie nie seit 1990. Der Landtag ist das Parlament des Landes Brandenburg und bildet die Legislative, also die Gesetzgebung des Landes. Die Abgeordneten verabschieden oder ändern Landesgesetze, verwalten den Haushalt, wählen die Landesregierung und kontrollieren sie.

2,1 Millionen Brandenburger*Innen sind wahlberechtigt. Jeder Wähler hat bei der Wahl zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird der Wahlkreis-kandidat gewählt und mit der Zweitstimme die Partei. In Brandenburg gibt es 44 Wahlkreise, drei davon im Landkreis Teltow-Fläming (23, 24 und 25). Unsere Direktkandidaten sind **Silvio Pape** (WK 23), **Felix Thier** (WK 24) und **Carsten Preuß** (WK 25).

Wahlberechtigt ist in Brandenburg jeder, der deutscher Staatsbürger ist, seinen Hauptwohnsitz im Bundesland hat und mindestens 16 Jahre alt ist. Wer am Wahltag verreist ist oder aus anderen Gründen nicht wählen gehen kann, der kann schon jetzt per Briefwahl seine Stimme abgeben.

Seit November 2009 regiert DIE LINKE zusammen mit der SPD in Brandenburg. Bei der Landtagswahl 2014 erhielt DIE LINKE Brandenburg 18,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Fraktion im Landtag Brandenburg umfasst derzeit 17 Mitglieder. Vier Abgeordnete gewannen ihren Wahlkreis direkt, 13 zogen über die Landesliste in den Landtag ein.

Ziel der Brandenburger LINKEN ist, dass es ohne DIE LINKE keine Regierung im Land geben kann. Inhaltlich geht DIE LINKE Brandenburg mit einem ambitionierten Wahlprogramm in den Wahlkampf.

Denn die große Frage wird sein: In was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wollen wir eine offene, sozial gerechte und demokratische Gesellschaft, in der die Würde und Rechte eines jeden Einzelnen im Mittelpunkt stehen? Oder wollen wir eine Gesellschaft, die für Abschottung und Nationalismus steht, in der nur das Recht des Stärkeren gilt?

Wir wollen kein Brandenburg der Spaltung, sondern ein Brandenburg der Solidarität. Im Miteinander, nicht im Gegeneinander aller Brandenburger*innen werden wir das Land sozialer und ökologischer entwickeln. Zukunft ist gestaltbar! Es liegt an uns allen. Wir können das Land verändern. Wir können die Zukunft gemeinsam gerechter, nachhaltiger und besser machen. Deshalb: gehen Sie zur Wahl! Überlassen Sie Ihre Stimme nicht anderen.

Carsten Preuß,
Mitglied des Landtages



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

Am 1.9. wählen wir alle einen neuen Landtag. Ich will ein l(i)ebenswertes Brandenburg für alle Menschen und jede Generation! TF ist als Landkreis sehr erfolgreich und die Unternehmen schätzen hier die Bedingungen. Das ist gut und verschafft uns mehr Investitionsmöglichkeiten als anderen Regionen. Als LINKE sehen wir uns aber mehr in der Verantwortung für die Menschen, die hier wie ich gerne leben. Ich denke daher: wir müssen Gelder wieder gerechter, gezielt und regional gleich investieren.

Aufgaben gibt es genug: kostenlose Kitas und diese auch nicht zig Kilometer entfernt. Regelmäßiger und flächendeckender ÖPNV, Schutz unserer Natur, Wohnen, Pflege, medizinische Versorgung, eine noch bessere Personalausstattung in Kitas und Schulen. Schnelles Internet darf nicht hinter dem Speckgürtel enden. Und eine nachhaltige Landwirtschaft und Tourismus gehören in den Fokus.

Probleme benennen ist wichtig. Wenn etwas stört, muss man es ändern. Da braucht es aber keine Wende 2.0 und AfD-Politiker aus dem Westen. Es reichen gute Lösungen. Dafür steht DIE LINKE.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



Auf dem Luckenwalder Boulevard machte die Sommertour unserer Landtagsspitzenkandidaten, **Kathrin Dannenberg** (2. v. r.) und **Sebastian Walter** (l.), ihre letzte Station. Im Gespräch mit Luckenwalder Bürgerinnen und Bürgern, unter dem roten Dach des Infoteltes und auf bequemen roten Möbeln, informierten sie über die Wahl am 1. September. Unterstützt wurden beide von unseren Direktkandidaten aus TF, **Carsten Preuß** (2. v. l.), **Felix Thier** (r.) und **Silvio Pape** (fehlt auf dem Foto). Foto: M. Thier

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG
CCCamp

Im August 2019 findet wieder das Chaos Communication Camp (CCCamp) im Ziegeleipark Mildenberg, im Brandenburger Norden statt. Alle vier Jahre treffen sich ca. 5.000 große und kleine Nerds aus aller Welt zum größten Hackercamp Europas.

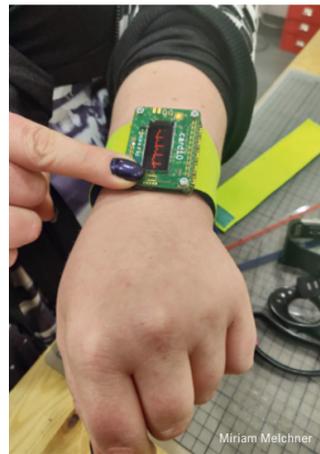
In entspannter Festivalatmosphäre finden auf dem Camp unzählige Vorträge und Workshops statt, die sich mit Themen der Digitalisierung beschäftigen. Die Bandbreite ist hoch und reicht von Sicherheitslücken im Internet der Dinge über polizeiliche Überwachung durch Smart City Technologie, digitaler Gewalt gegen Frauen bis hin zu Digitaler Bildung, Workshops zum Elektroniklöten für Groß und Klein, zur Herstellung smarter Textilien oder zur Verbesserung des Internetzugangs im ländlichen Raum z. B. durch Freifunk-Initiativen.

Hacker*in sein bedeutet vor allem Neugierde und Faszination für Technologie, aber auch die kritische Auseinandersetzung damit. Dazu gehört auch das Aufspüren von Sicher-



BUNDESTAG UND KOMMUNE

heitslücken in angeblich sicherer Hard- oder Software. Hacker*innen beschäftigen sich aber auch damit, wie digitale Anwendungen funktionieren und wie sie kreativ zweckentfremdet werden können. Ein gutes Beispiel dafür ist die eigens für das CCCamp entwickelte Smartwatch, eine elektronische Uhr, die ähnliche Sensoren wie z. B. die Apple Watch hat. Die CCCamp-Smartwatch wurde mit dem Eintrittsticket erworben und wird den Teilnehmer*innen als Bausatz ausgehändigt. Gleich vor Ort lässt sie sich zusammenbauen und in Betrieb nehmen. Anders als bei kommerziellen Produkten sind



Smartwatch mit dem Eintrittsticket erworben

sowohl die Pläne für die Bauteile als auch die komplette Software öffentlich einsehbar. Man nennt das Open-Hardware bzw. Open-Source-Software. Die Community ist eingeladen, selbst datenschutzfreundliche Apps für die intelligente Armbanduhr als Open-Source-Software zu entwickeln, z. B. Anwendungen zur EKG- oder Blutsauerstoffsättigungsmessung, die die Möglichkeit bieten, sensible Ge-

sundheitsdaten zu erfassen, ohne sie mit Digitalkonzernen wie Google, Apple oder Microsoft zu teilen. Momentan verfügbare Programme weisen häufig Datenschutzlücken auf. Die Camp-Smartwatch lädt aber auch zum Spielen ein. Was wäre, wenn im Rhythmus meines Herzschlags eine Lichtinstallation blinken würde? Dieses und ähnliche Projekte zeigen, dass wir uns nicht von den großen Digitalunternehmen diktieren lassen müssen, wie wir mit Technik umgehen. Auf dem Chaos Communication Camp entsteht für ein paar Tage eine etwas andere Welt, bei der Digitalisierung und Gemeinwohl zusammen gedacht werden. Ich bin jedes Mal sehr gern dort.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
 Fraktion DIE LINKE.
 im Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 030/227 731 07
 Telefax: 030/227 761 07
 E-Mail: anke.domscheit-
 berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER
Rettet die Bäder

Die Sommerferien sind, zumindest in Brandenburg, bereits zu Ende gegangen. Mit der Schulzeit beginnt für viele Kinder auch der Schwimmunterricht. Doch das trifft längst nicht mehr auf alle Kinder zu.

Eine Forsa-Umfrage von 2016 zum Thema Schwimmen zeigte, dass immer weniger Kinder schwimmen können. Jene, die es können, haben es meistens nicht in der Schule gelernt. 59 Prozent der Zehnjährigen sind keine sicheren Schwimmer*innen. Nur 36 Prozent aller Kinder lernen das Schwimmen in der Grundschule. Ein Viertel aller Grundschulen hat gar keinen Zugang zu einem Schwimmbad. In den neunziger Jahren konnten noch 90 Prozent der Bevölkerung schwimmen.

Vorausgegangen war in den alten Bundesländern der »Goldene Plan« aus den 60er Jahren mit dem Anspruch, dass jede Kommune mindestens ein Schwimmbad besitzt. Mittlerweile schließen fast 50 Schwimmbäder jährlich und

es wird an Wassertemperatur und Ausstattung gespart. Wie in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge unterliegen die Bäder dem Sparzwang der Kommunen und werden wegrationalisiert. In die Lücke stoßen die inflationär zunehmenden Spaßbäder, die jedoch deutlich höheren Eintritt verlangen und oft privat betrieben werden. Besonders trifft das ärmere potentielle Badegäste. Die Resultate sind erdrückend:

In Hamburg können aus den wohlhabenden Stadtteilen 98 Prozent der Kinder nach der Grundschule schwimmen, aus den ärmeren Gegenden nur 58 Prozent. Auch die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) weist mit einer derzeit laufenden Petition an den Bundestag auf die dramatische Situation der Bäder hin. Unter dem Slogan »Rettet die Bäder« wurden bereits über 100.000 Unterschriften gesammelt.

All das zeigt, dass es Zeit ist zu handeln. Ich fordere eine Wiederaufnahme des »Goldenen Plans«, notfalls mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt, um die Überlebens-



BUNDESTAG UND KOMMUNE

technik Schwimmen allen Kindern, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, beibringen zu können. In diesem Sinne: **In die Becken, fertig, los!**

Die Petition der DLRG kann hier unterschrieben werden:

www.rettet-die-baeder.de

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
 Fraktion DIE LINKE.
 im Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 03385/49 45 21
 Telefax: 03385/49 45 22
 E-Mail: norbert.mueller@
 bundestag.de

VON CARSTEN PREUSS
Wichtige Gesetze verabschiedet

Die Wahlperiode des Landtags ging Mitte Juni mit einer Marathon-Sitzung zu Ende, in der die Verabschiedung mehrerer Gesetze auf der Tagesordnung stand, über die im Vorfeld teils heftig diskutiert wurde, wie die Novelle zum Verfassungsschutzgesetz.

Letztlich wurde die Novelle zum Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz mit Mehrheit beschlossen. Damit wird der Verfassungsschutz künftiger stärker parlamentarisch kontrolliert, erhält aber auch neue Befugnisse.

Zwei Mitglieder der Linksfraktion haben gegen das Gesetz gestimmt und zwei Fraktionsmitglieder haben sich enthalten. Ich habe mich enthalten, da ich die Aufstockung des Verfassungsschutzes um 37 auf 130 Mitarbeiter kritisiere und die Erweiterung der Befugnisse kritisch sehe.

Beschlossen wurde zudem das **Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen**. Aufgrund der zunehmenden Akzeptanzprobleme bei Betroffenen für Straßenbaubeitragserhebungen und insbesondere vor dem Hintergrund der erfolgreichen Volksinitiative »Straßenausbaubeiträge abschaffen!« hat der Landtag be-



LANDTAG UND KOMMUNE

schlossen, dass zum 1. Januar 2019 auf die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Investitionsmaßnahmen an bereits bestehenden Straßen verzichtet wird. Dafür wurde das Kommunalabgabengesetz geändert. Zum Ausgleich für die durch den Wegfall der Beitragseinahmen entstehenden Mehrbelastungen erhalten die Gemeinden eine dauerhafte Ausgleichszahlung von rund 31 Millionen Euro. In der letzten Plenarsitzung standen auch mehrere Umweltthemen auf der Tagesordnung.

Das Problem mit dem zunehmenden **Plastikmüll** war Gegenstand unseres Antrags »Weg mit dem Plastikmüll«. Beschlossen wurde damit ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Verringerung von Plastikmüll. Die Landesregierung wurde aufgefordert, sich insbesondere auf Bundesebene für Initiativen zur Förderung von Mehrwegverpackungen,

zur besseren Kennzeichnung, zur Vermeidung und perspektivisch auch für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika einzusetzen. In Brandenburg soll die Landesregierung die Kommunen beim Aufbau von Mehrwegsystemen bei öffentlichen Veranstaltungen unterstützen. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen des Landes sollen Mehrwegsysteme eingesetzt werden. Bei dem umstrittenen Einsatz von Plastikfolien im Brandenburger Spargelanbau soll gemeinsam mit den Landwirten darauf hingewirkt werden, die Folien möglichst häufig wiederzuverwenden und negative Umweltfolgen zu minimieren. Ziel ist es, dass möglichst wenig Folie im Abfall landet und schon gar keine Folienreste in den Boden gelangen.

Mit einem weiteren Beschluss der Koalitionsfraktionen bekennt sich der Landtag klar zum **Klimaschutz** und fordert die Landesregierung auf, sich im Bund für ein Klimaschutzgesetz einzusetzen, das die nationalen Klimaschutzziele und die Einhaltung des Pariser Abkommens verbindlich festschreibt. Unter Einbeziehung von Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Jugendvertreter*innen soll in Brandenburg ein Klimaschutzplan 2030 erarbeitet werden, der Klimaschutz in Brandenburg sozialverträglich umsetzt. Künftige Gesetze und Vorhaben der Landesregierung sollen in einem

Nachhaltigkeitscheck auf Klimaverträglichkeit überprüft werden. Auch wenn das mit dem Beschluss noch nicht so deutlich vereinbart wurde, wage ich die Prognose, dass sich in der kommenden Wahlperiode aus dieser Beteiligung zur Erarbeitung des Klimaschutzplans 2030 ein Beirat mit Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft bilden wird, der die Politik in dieser wichtigen Frage begleitet.

Schließlich hat der Landtag auch das Gesetz zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen (**Windeuro**) beschlossen. Dieses sieht vor, dass Kommunen im Umkreis von drei Kilometern jährlich 10.000 Euro je neuem Windrad erhalten sollen, mit dem Ziel die Akzeptanz für diese Form der erneuerbaren Energien anzuheben. Verwendet werden soll das Geld für die Aufwertung des Ortsbildes, Kultur, Bildung und kommunale Veranstaltungen.

Kontakt:

Carsten Preuß, MdL
 Landtag Brandenburg
 Alter Markt 1, 14467 Potsdam
 Tel: 0331/966 15 26
 Fax: 0331/966 15 05
 E-Mail: carsten.preuss@
 linksfraktion-brandenburg.de

18. Fischerfest an den Angelteichen in Mellensee

Zum bereits 18. Mal lud der Verein »Pro Mellensee« nach Mellensee und damit in das »Dorf der Fischer«. Der Verein mit seinem Engagement für Natur, Umwelt und sanften Tourismus in der Region hatte am Wochenende des 20. und 21. Juli wieder viel auf die Beine gestellt. Neben buntem Show-Programm wie dem Teichziehen oder Fischerstechen wurde mit Pamela Aliaga de Embert auch die neue Fischerkönigin gekrönt. Von Seiten der LINKEN war natürlich der Ortsvorsteher Siegbert Weigt mit von der Partie. Und ebenso waren unsere drei Direktkandidaten für die Landtagswahl 2019, Silvio Pape (Wahlkreis 23, r.), Felix Thier (Wahlkreis 24, 2. v. r.) und Carsten Preuß (Wahlkreis 25, l.) am Sonntag in Mellensee herzlich begrüßte Gäste – auf dem Bild gemeinsam mit der Fischerkönigin zu sehen.

Felix Thier, Luckenwalde



Die neunte Wahlperiode hat begonnen



Von links nach rechts:
Özlem Alev Demirel, Martin Schirdewan, Cornelia Ernst, Martina Michels, Helmut Scholz

VON FELIX THIER

Am 2. Juli hat das neu gewählte Europäische Parlament (EP) seine Arbeit aufgenommen. 751 Europa-Abgeordnete aus 190 nationalen Parteien und 28 Mitgliedstaaten sind für fünf Jahre gewählt. Aus Deutschland kommen 96 Abgeordnete. Der Anteil neuer Mitglieder im EP ist mit 61 Prozent höher als je zuvor. Auch der Anteil weiblicher Abgeordneter ist von 37 Prozent im Jahr 2014 auf 41 Prozent angestiegen. Die jüngste Abgeordnete ist Kira Marie Peter-Hansen aus Dänemark (21), der älteste Silvio Berlusconi aus Italien (82). Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt bei 49,5 Jahren. Ganze 13 Prozent der neuen Abgeordneten haben noch keine bis wenig politische Erfahrung, die meisten davon kommen aus Südeuropa und sind nun in der Fraktion der Liberalen. Ein Drittel aller Abgeordneten haben einen akademischen Hintergrund, z. B. als Professor*in oder Wissenschaftler*in, 15 Prozent sind Jurist*in, 12 Prozent Journalist*in und 11 Prozent Unternehmer*in. Parlamentsgruppen rechts der Mitte haben mehr Unternehmer*innen und Jurist*innen in ihren Reihen, Gruppen links der Mitte mehr Ingenieur*innen, Naturwissenschaft-

ler*innen und Sozialwissenschaftler*innen. Die stärkste Vertretung von Abgeordneten mit geistes- und sozialwissenschaftlichem Hintergrund findet sich in unserer linken Fraktion. Und auch Aktivist*innen und NGO-Mitglieder finden sich mit einem der größten Anteile in dieser Fraktion.

Die erste Sitzung

Zur konstituierenden Sitzung haben sich sieben Fraktionen gebildet. Zur Bildung einer Fraktion braucht es mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten. Alle Abgeordneten, die keiner Fraktion beigetreten sind, werden als fraktionslos geführt. Sie können sich aber jederzeit einer Fraktion anschließen. Die beiden größten Fraktionen sind, wie schon zuvor, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP, 182 Sitze; CDU/CSU) und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D, 154 Sitze; SPD). Drittstärkste Fraktion ist die Fraktion Renew Europe (RE, ehemals ALDE, 108 Sitze; FDP). Die Grünen (Grüne/EFA) sind mit 74 Sitzen vertreten, die Fraktion Identität und Demokratie (ID, ehemals ENF; AfD) mit 73 Sitzen, die Fraktion der Europäischen Kon-

servativen und Reformisten (EKR) mit 62 und die Linken (GUE/NGL) mit 41. Fraktionslos sind bislang 57 Abgeordnete.

David Sassoli zum Parlamentspräsidenten gewählt

In der konstituierenden Sitzung haben die Abgeordneten David Sassoli (S&D) zum neuen Präsidenten des EP gewählt. Der 63-jährige Italiener und ehemalige TV-Journalist ist seit 2009 im EP. Er wird dem Parlament bis Januar 2022 vorsitzen.

Am selben Tag haben die Abgeordneten auch alle vierzehn Vizepräsident*innen und die fünf Quästor*innen des EP gewählt. Drei der Vizepräsident*innen kommen aus Deutschland: Rainer Wieland (CDU/EVP), Katarina Barley (SPD/S&D) und Nicola Beer (FDP/RE). Die Vizepräsident*innen bilden zusammen mit dem Präsidenten und den Quästor*innen das Präsidium des EP.

Die Ausschüsse:

Größe und Zusammensetzung
Das neue Parlament hat auch die zahlenmäßige Zusammensetzung der zwanzig parlamentarischen Ausschüsse und zwei Unterausschüsse festgelegt sowie die Mitgliederlisten für die Ausschüsse angenommen. Die politische Zusammensetzung des EP ist in jedem Ausschuss repräsentiert. In den Ausschüssen wird ein großer Teil der gesetzgeberischen Arbeit geleistet. Helmut Scholz (DIE LINKE) als Brandenburger Mitglied im EP ist wieder im Ausschuss für Internationalen Handel und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen tätig. Er ist ferner in den Delegationen zu USA, Belarus, Moldau, den Ländern der östlichen Partnerschaft sowie stellvertretend in der China-Delegation Mitglied. Parlamentarische Delegationen pflegen und halten den Kontakt des EP zu anderen Staaten.

Unsere Vorschläge an die künftige Kommissionspräsidentschaft

Die Fortführung der Hinterzimmer-Deals, an denen sich neuerdings auch die Grünen beteiligen, spottet dem Anspruch der Wählerinnen und Wähler auf einen wirklichen Politikwechsel. Ein grüner Kapitalismus wird nicht der Weisheit letzter Schluss sein, da sich Ökologie und Kapitalismus nicht vereinbaren lassen. Unsere LINKEN-Europaparlamentarier*innen haben elf Forderungen an die künftige EU-Kommission gestellt, welche einen tatsächlichen Wandel der EU-Politik einleiten würden. Einen Wandel, der die Zeichen der Zeit ernst nimmt. Wir müssen handeln, jetzt, das sind wir dem Planeten und den Wähler*innen schuldig.

1. **Soziale Rechte** müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten bekommen
2. Die konsequente Umsetzung des **Pariser Klimaabkommens**
3. Durchsetzung einer **Flüchtlingspolitik**, die der Grundrechtecharta gerecht wird
4. Keine Verwendung von EU-Mitteln für **militärische Zwecke**
5. **Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerdumping, Geldwäsche und Korruption**
6. Gestaltung des **digitalen Wandels der Wirtschaft und Gesellschaft**
7. Neuausrichtung der **Handelspolitik**
8. **Ende der Sparpolitik** und Beginn einer nachhaltigen Industriepolitik
9. **Mehr Bürgerbeteiligung, Subsidiarität und Transparenz**
10. **Paritätische Besetzung der Kommission mit Frauen und Männern**
11. **Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten**

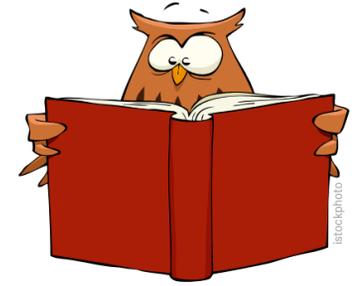


Zuckertütenfest in Jüterbog

Auch in diesem Jahr lud unsere Partei DIE LINKE wieder zum Zuckertütenfest in den Jüterboger Schlosspark ein. Nächstes Jahr ist Jubiläum, denn bereits zum 19. Mal bekamen alle neuen Schulkinder liebevoll gefüllte Zuckertüten geschenkt, die zuvor aber noch gut verborgen unter einem großen bunten Tuch lagen, was dann fröhlich und lautstark u.a. zusammen mit Maritta Böttcher, der Organisatorin des Festes und dem Direktkandidaten im Wahlkreis 24 zur Landtagswahl, unserem Kreisvorsitzenden Felix Thier, gelüftet wurde. Bewegungs- und Ballspiele, eine tolle Hüpfburg und eine Bastelstraße, wieder organisiert von Petzis Kinderland, sorgten für reichlich Abwechslung. Bei einem Malwettbewerb wurden die besten kleinen Künstlerinnen und Künstler ausgezeichnet, was vor allem Conny Kunze, einer Berliner Malerin, viel Spaß machte, denn sie durfte die Preise übergeben. Wer wollte, konnte sich lustige Gesichter malen, ein tolles Tattoo aufsprühen oder witzige Luftballonfiguren zaubern lassen. Fleißige Kuchen- und Waffelbäckerinnen sorgten für kulinarische Genüsse und von DJ Macky kam die Musik. Doch zuvor arbeiteten alle Helferinnen und Helfer Hand in Hand und im Nu waren Zelte, Wurfspiele, Tische, Bänke und eine Hüpfburg aufgebaut. Ja sogar ein Wahltreff wurde errichtet, bei dem sich Felix Thier allen Interessierten vorstellen und Fragen beantworten konnte. Als Gäste wurden u.a. zwei von drei Jüterboger Bürgermeisterkandidaten, der Wahl-Jüterboger und Jurist Clemens Neumann und die Jüterbogerin vom Bürgerbündnis für Jüterbog, Jaqueline Neumann, begrüßt. Jaqueline Neumann lobte die gute Tradition und die tollen Angebote des Festes und Clemens Neumann gab in

Gesprächen einen Ausblick auf das, was in Jüterbog noch besser werden soll. Felix Thier stellte heraus, dass das Fest in diesem Jahr unter dem besonderen Schwerpunkt der Landtags- und Bürgermeisterwahl stattfand und freute sich darüber, dass so viele Kinder der Einladung der LINKEN gefolgt waren, sich vertragen und friedlich miteinander spielten. Auch in diesem Jahr waren unter den Kindern wieder ausländische Mädchen und Jungen aus Syrien und Afghanistan dabei, so z.B. San aus Syrien, der 10-jährige begleitete ein Geschwisterkind, welches zur Schule kommt. Oder der 6-jährige Ami aus Afghanistan. Aus Jüterbog kam Nick, der sich besonders auf Mathe, Deutsch und Englisch freut und in die Lindenschule eingeschult wird. Freya, ebenfalls aus Jüterbog, wird in die Lindenschule gehen. Sie freut sich auf neue Freunde. Unter allen Besuchern war auch Familie Talmondi aus Marokko, die sich das traditionelle Fest erst einmal ansehen wollte, denn ihre Kinder sind erst 4 und 3 Jahre alt. Mia aus Jüterbog wird im September 6 Jahre und kommt in die Geschwister-Scholl-Schule, sie ist besonders auf die Zuckertüte und beim Lernen auf das Fach Kunst gespannt. Die kleine Künstlerin hat auch den Malwettbewerb des Zuckertütenfestes gewonnen. Lara kommt in die Ludwig-Jahn-Schule und ist besonders stolz auf ihr Schmetterlingstattoo und in der Schule freut sie sich auf das Fach Lesen. Das Fest ging zu Ende mit einem herzlichen Dankeschön an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, alle Sponsoren und Organisatoren und natürlich an alle Familien, die den Schlosspark und das schöne Zuckertütenfest mit ihren Kindern besuchten. **Sabine Gumpel**, Trebbin

LESEULE



»Wer wir sind« – Wer sind wir?

Diese Frage hat sich vermutlich mancher unserer Leser schon oft gestellt. Es reichte bereits, das eigene Denken und Handeln zu hinterfragen, ohne immer gleich eine befriedigende Antwort zu finden.

Der 1952 in Dresden geborene Soziologe Wolfgang Engler und die Journalistin Jana Hensel, 1968 in Leipzig geboren, stellen sich in einem kritischen Dialog der Frage: Wer und wie sind wir Ostdeutschen, die in ein anderes Gesellschaftssystem übernommen worden sind?

Ihre Ansichten über ihr Leben in der DDR sind oft konträr. Z. T. sind differenzierte Erfahrungen mit und in der DDR-Gesellschaft die Ursache. Beide betrachten die Wirkung der DDR-Sozialisation auf das dann folgende fast 30-jährige Leben als Bundesbürger. Jana Hensel stellt in ihrer Arbeit als Journalistin fest, dass auch die nächste Generation, geboren nach der »Wende«, noch anders aufwächst als Jugendliche in der »alten« BRD. Beide fragen sich auch, wieso die AfD so viel Zulauf erhalten konnte. Sie klammern keine unbequemen Fragen aus. Jana Hensel sagt: »Mit dem Mauerfall ist beides verbunden: großes Glück und großes Unglück.« Sie meint, dass AfD und Pegida nichts mehr mit der DDR als Ursache zu tun haben, sondern den Nachwende-Erfahrungen vieler Menschen geschuldet sind. Nach ihrer These seien diese »vielleicht am besten mit Heimatlosigkeit zu beschreiben ..., mit einem Unbehautsein, das viele Facetten kennt. Das sich nicht jeden Tag übergroß vor einem aufstellt, aber das spürbar ist, nie vergeht.« Im Klappentext werden die Folgen der »Wende« so gekennzeichnet: »In der sogenannten Nachwendezeit lagen Glück und Unglück dicht beieinander: Freiheit und Massenarbeitslosigkeit, Demokratie und ein radikaler Wertewandel, der eine enorme Anpassungsleistung verlangte.« Der damalige BRD-Außenminister, Dr. Klaus Kinkel, kündigte an: »Wir werden die DDR delegitimieren, in jeder Hinsicht.« Also waren die Lebensleistungen der DDR-Bevölkerung nichts wert. Mit Hilfe der Treuhänder unter der Leitung von Frau Breuel ist die Ankündigung für viele Wirklichkeit geworden. Erst seit dem sichtbar zunehmenden Rechtsruck (NSU, NPD, AfD, Pegida ...) wird davon gesprochen, dass die DDR-Bewohner etwas geleistet haben. Verdammte späte Erkenntnis! Dadurch dass die Autoren z. T. konträre Auffassungen äußern, muss ich als Leser indirekt mitdiskutieren. Sie machen es mir nicht leicht, aber es ist interessant und des Nachdenkens wert.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Wolfgang Engler, Jana Hensel
Wer wir sind – Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein
Geb. mit Schutzumschlag, 288 Seiten,
Aufbau Verlag, 20 Euro
ISBN: 978-3-351-03734-5



Auswertung der Mai-Wahlen in der Juni-Kreisvorstandsberatung

Den Tagesordnungspunkt leitete unser Kreiswahlkampfleiter, Manfred Thier, mit der Ergebnispräsentation ein. Der Vorstand dankte allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern und bittet darum, diesen Dank in den Regionen weiterzugeben. Die Ergebnisse zeigen einen klaren Unterschied bei den Werten zur Kommunal- und zur Europäischen Parlament (EP)-Wahl. Die Wählenden differenzierten, welches Gremium zu wählen war, bzw. wem sie ihre Stimme gaben. DIE LINKE in TF stemmte sich mit ihrem Ergebnis gegen den Trend und lag über dem Landesergebnis der LINKEN. Die Daten zeigen auch, dass wir dort Zustimmung erfahren, wo wir vor Ort sind, also ein personelles Angebot unterbreitet haben. In Regionen, in denen wir nicht (mehr) präsent sind, verlieren wir auch unsere Wähler*innen. Kritisch wurde angemerkt, dass DIE LINKE im EP-Wahlkampf keine klare Position bezog – waren wir nun für oder gegen Europa?! Der Europawahlkampf war ein klar aufgezogener Lagerwahlkampf. Es konnte daher im Wahlkampf nur Pro oder Contra geben. Das von unserer Parteiführung vielbeschworene »3. Lager« (»Ja zu Europa, aber ...«) zog nicht bzw. konnte den Wählenden nicht vermittelt werden. Hier sah der Kreisvorstand auch inhaltliche Schwächen bzw. klare Widersprüche zwischen dem EP-Wahlprogramm und der Wahlkampagne unserer Partei. Es entstand der Eindruck, dass die Partei selber nicht so recht wusste, was sie eigentlich in Europa erreichen will. Ganz klarer Fehler war der Versuch, beim Europawahlprogramm nur eine Art Bundestagswahlprogramm 2.0 vorzulegen! Wir haben damit die Menschen nicht erreicht, das zeigt

sich bei der Wahlbeteiligung. Unsere Wähler*innen sind zum Teil in das Nichtwählerlager gewechselt – sie wussten nicht, wofür wir in Europa stehen und haben sich daher erst gar nicht zur EP-Wahl bewegt. Andersherum hat DIE LINKE durch ihre unklare Position zu Europa nicht aus dem Zustrom des Nichtwählerlagers profitiert. Diese wählten zumeist Grün (Pro-Europa) oder AfD (Contra-Europa). Im Landkreis haben wir zur Kreistagswahl »nur« 329 Stimmen verloren. Das ist ein Zeichen, dass wir offenbar unsere Stammwählerschaft mobilisieren konnten. Allerdings kam uns hier auch wieder der Umstand zum Nachteil, dass wir aus dem Nichtwählerlager niemanden neu zu uns ziehen konnten, sich diese Stimmen damit fast nur zu Grünen und AfD orientierten. Die Kommunalwahl zeigte, dass die politische Landschaft immer mehr zerfasert: Bürgerinitiativen, Interessengruppen und Wählergruppen, Vereine und die Feuerwehr – alle treten zur Kommunalwahl an. Das nimmt den klassischen Parteien vor Ort die Wählerschaft. Allerdings vertreten diese Interessengruppen in der Regel auch nur ihre Einzelinteressen, das große Ganze wird selten mitgedacht oder zumindest nicht im Vorfeld durch eigene Programme und Vorhaben der Wählerschaft bekannt gemacht oder erklärt. In gewisser Weise kauft das Wahlvolk hier also die Katze im Sack. Erkenntnis war auch, dass aufgrund der allgemeinen Stimmungslage im Land offenbar egal war, wen die AfD aufstellte – es wurden keine Personen gewählt, sondern einfach nur Protest zum Ausdruck gebracht. Vor Ort zu großen Teilen absolut un-

bekannt Kandidierende zogen mit teilweise den besten Ergebnissen aller Antretenden in die Parlamente. In Bezug auf unseren Wahlkampf wurde eingeschätzt, dass die Zeiten der vielen Druckerzeugnisse offenbar überholt sind. Das Gespräch suchen, Zuhören war im Wahlkampf gefragt. Besonders beim Europa-Wahlprogramm wurde deutlich, dass wir viel verständlicher formulieren müssen. Die Menschen haben Probleme, uns zu verstehen. Zu unseren Plakaten gab es sehr differenzierte Einschätzungen. Zur grafischen Gestaltung kann man stehen, wie man will. Die Inhalte zählen umso mehr. Hier waren die Plakate schon recht gut in ihrer Formulierung. Allerdings war die Lesbarkeit auf größerer Entfernung, im Straßenraum oft ein Manko. Bei den Briefwahlergebnissen haben wir über die Maßen gut abgeschnitten und uns klar gegen den Trend gestellt. Offenbar haben wir die Briefwählenden mehr erreicht als die Wählenden am Wahltag selbst. Das wiederum sollte Ansporn sein, kommende Wahlkämpfe noch früher zu starten und explizit für die Briefwahl zu werben. Unsere »aktiv« Wahlkämpfenden werden weniger, das schränkt stark unsere Möglichkeiten im Wahlkampf ein. DIE LINKE in TF hat gut den Generationswechsel in den Fraktionen eingeleitet. Neue Mandatsträger*innen sind nun dazu gekommen, die jetzt durch aktive Arbeit ihren Bekanntheitsgrad weiter auf- und ausbauen müssen. Bei der Wahl zeichnete sich für uns auch der scheinbare Widerspruch zwischen Protest- und Regierungspartei ab. Hier wurde im Kreisvor-

stand klar ausgesprochen, dass es nicht um die Kritik FÜR das Mitregieren gehe, sondern um das WIE. Was ist die Rolle der LINKEN im Land? Regieren wir mit der SPD auf Augenhöhe? Wie viele Kompromisse haben wir auf unsere Kosten gemacht? Haben wir unsere Erfolge verständlich und greifbar deutlich gemacht? Themen waren da und auch für die Menschen verständlich, jedoch standen wir uns oft selbst im Weg. Eine zu große Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner darf nicht der Maßstab sein. Die »Angst« vor Neuwahlen bei klaren Themen ist absolut unbegründet. Schlussfolgernd müssen wir überlegen, wie wir künftig unsere Positionen an die Leute bringen. Machen lokale Bündnisse mit einzelnen Interessengruppen vor Ort Sinn? Die Wahlen waren nicht vordergründig inhaltlich geprägt, sondern es wurde klar nach Stimmungslage entschieden. Gefühle und Emotionen, nicht Fakten und Argumente hatten die Oberhand. Stellenweise herrschte (diffuse) Wut an der Wahlurne. Auch wurde der gesellschaftliche Wandel deutlich. Der Weg geht weg von den großen, traditionellen Parteien. Einzelinteressen und Gruppen werden wichtig. Der Individualismus zeigt Wirkung. Im Ergebnis führt dieser Weg aber auch schnell zum Recht und zur Macht des Stärkeren! Sind unsere Methoden ausreichend, um Wahlen zu gewinnen? Wie war die gesellschaftliche Wahrnehmung von der Wahl, gab es eine Wahlatmosphäre, wollten die Menschen eigentlich wählen, waren sie motiviert, konnten sie genau erkennen, wofür es geht? All diesen Fragen müssen wir uns widmen. Und schlussendlich: Wir sollten künftig wieder Musterstimmzetteln an den Infoständen bereit haben – viele Bürger*innen waren mit den unübersichtlichen Stimmzetteln überfordert.

Felix Thier, Luckenwalde

EINE für Blankenfelde-Mahlow – Bürgermeisterinnen-Wahlkampf 2019

Im 100. Jahr des Frauenwahlrechtes ist die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow dafür bereit, erstmalig eine Bürgermeisterin zu wählen, die mit Herz und Verstand, ehrlich, offen und kompetent für die Bürgerinnen und Bürger da sein wird. Mir ist es wichtig, dass sich die Gemeinde mit ihren Ortsteilen Blankenfelde, Dahlewitz, Groß Kienitz, Jühnsdorf

und Mahlow nachhaltig und umweltgerecht entwickelt.
Ich setze mich ein für:
■ die Stärkung des Ehrenamtes,
■ den Schutz vor gesundheitsschädlichem Lärm und Emissionen,
■ eine hohe materiell-technische Ausstattung von Kitas und Schulen,
■ die Entwicklung des Blankenfelder Zentrums,

■ eine bürgernahe Verwaltung,
■ den Erhalt des Naturcharakters unserer Gemeinde.
Mit meinem Heimatort bin ich sehr verbunden. Deshalb werde ich im August selbst per Fahrrad und zu Fuß unterwegs sein, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Einige Resonanzen gab es schon beim Plakatieren und es tut gut, wenn

gesagt wird: »ehrlich, sie kandidieren? Na dann weiß ich, dass ich Sie wähle und erzähle es Jedem, den ich kenne!«
Wählen gehen am 1.9.2019!
Danke, Eure Anke

Anke Scholz

Ich freue mich auf ein persönliches Kennenlernen mit Ihnen (Termine S. 7).

+++Leserbriefe+++



30 Jahre Mauerfall

(gekürzte Fassung red.)

Historische Fakten darf man nicht vergessen. Sie werden oft sehr verschieden interpretiert. Manche Politiker sagen zu Recht, die Geschichtsschreibung sei der zweite Sieg der Sieger über den Besiegten. Ich selbst wollte eine positive Veränderung in der DDR. Ich wollte keinen Anschluss an die BRD und war gegen die Überführung in eine kapitalistische Ordnung. Ich war 1989 für einen Sonderparteitag der SED und für eine ausführliche Diskussion zu den Fehlern und Mängeln. Dabei sollte es auch zu einer realen Absprache mit den damaligen Blockparteien kommen. Damals war die CDU in der DDR die zweitstärkste Partei. Wir in der Kleinstadt Trebbin hatten lange Zeit einen CDU-Bürgermeister. Die Ereignisse 1989/90 waren letztendlich der Beginn der Veränderungen politisch und wirtschaftlicher Art, die ich nur teilweise beeinflussen konnte. Es begann eine politische Revolution und ging dann über in eine kapitalistische Konterrevolution und endete mit dem Anschluss der DDR. Ich bin zwar 1949 in Berlin-Lichterfelde/West geboren. Meine Heimatstadt ist die Stadt Trebbin. Mein Heimatland, die DDR, wurde mir aber gegen meinen Willen genommen. Zur Spaltung Deutschlands und Berlins gibt es sicherlich unterschiedliche Meinungen. Nach dem 2. Weltkrieg waren Österreich und Wien auch in Zonen und Sektoren

eingeteilt. Wien hatte sogar einen internationalen Sektor. In Deutschland jedoch entstanden zwei unabhängige Staaten, die unterschiedlichen Bündnissen angehörten, der NATO und dem Warschauer Vertrag. Mein Bruder, 1927 geboren, begann 1946 an der Ingenieurschule für Vermessungstechnik Berlin-Neukölln zu studieren. 1948/49 war die Währungsspaltung, als mein Bruder das Studium noch nicht beendet hatte. Ohne die Hilfe von guten Bekannten, die in der SPD wie meine Eltern waren, wären die letzten Monate des Studiums meines Bruders nicht möglich gewesen. Meine Eltern wurden Mitglieder der SED, die Bekannten der SED West. Im Roten Rathaus gab es einen Vertreter der SED, der nach der Spaltung Deutschlands und Berlins eine wichtige Rede hielt. Hier wurden die Folgen, die die Spaltung an der ehemaligen Hauptstadt nach sich ziehen kann, genannt. Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet. Die BRD aber bereits am 20. September. Die Delegierten in Berlin zogen nach Berlin-Schöneberg, die Delegierten der BRD nach Bonn. Nach 1949 begann der sogenannte »Kalte Krieg«. Meine Heimat, die DDR, wurde völkerrechtlich in der Sache nicht anerkannt. Bis zum 13. August 1961 war die Grenze nach Berlin (West) offen und die Grenze zur BRD nicht genügend abgesichert. Besonders an der Grenze zu Berlin (West) waren organisierte Verbrechen verstärkt möglich. So war am 13. August 1961 die Grenzsicherung der DDR besonders nach Berlin (West) nicht die beste Lösung, aber die einzig mögliche Lösung. Nach 1961 kam es schrittweise zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag. Voll anerkannt hat die BRD die DDR aber nicht. Vor rund 30 Jahren, also 1989, kam es zu recht zur kontrollierten Öffnung der Grenze, besonders zu Westberlin, also zum Mauerfall. Meines Erachtens waren die Folgen damals nicht klar, also der Anschluss der DDR. Diese Bedingungen wurden annulliert. Der Anschluss der DDR erfolgte vor dem 7. Oktober 1989, also am 3. Oktober 1989. Damals sollte des 7. Oktobers nicht gedacht werden.

Ich selbst blieb Mitglied der Partei, die aus der SED hervorgegangen ist. Ich bin heute Mitglied in der Partei DIE LINKE, der Kommunistischen Plattform der LINKEN und in der Roten Hilfe. Es darf jedoch nie zu einer Welt, einem Kapitalismus/Imperialismus kommen.

Ullrich Wunderlich, BO Trebbin

»Der nette Nachbar ...«

Die Kommunalwahlen 2019 sind Geschichte, die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Das Wahlergebnis vom 26. Mai 2019 wird immer noch diskutiert. So manche(r) lüftet sein »Wahlgeheimnis«, dass er oder sie dieses Mal den Vertreter der AfD gewählt habe. Die Begründung ist erstaunlich: »Das ist so ein netter, hilfsbereiter Nachbar!« Dass dieser aber für eine Partei steht, die Probleme unseres Zusammenlebens mit Hass, Gewalt, Intoleranz »lösen« will, wird in dem Zusammenhang nicht hinterfragt. Die Wölfe im Schafspelz haben in der deutschen Geschichte viel zu oft Oberwasser bekommen. Fragen wir uns und unsere Mitbürger doch öfter mal: Was steckt hinter dem »schönen Schein«?

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal

Als ehemaliger Flüchtling

aus Pommern erinnere ich mich an gleiche Formulierungen in den Nachkriegsjahren: »Geht doch dahin, wo ihr hergekommen seid.« »Was wollt ihr hier? Ihr esst uns noch das Wenige weg, was wir noch haben.« »Ihr bekommt Geld! Und wir?« Nach dem Umzug 1952 in ein anderes Haus sagte die Wirtin: »Ich muss lüften. Hier riecht es nach Flüchtlingen.«

Ralf Köbke, Nuthe-Urstromtal

DABEI SEIN: TERMINE UND AKTIONEN

Linkstreff:
Auswertung der Landtagswahlen
5.9.2019, 18 Uhr, Bürgerbüro
Ludwigsfelde, Albert-Tanneur-Str. 17

Erweiterte Regionalvorstandssitzung zur Auswertung der Landtagswahlen
5.9.2019, 19 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog, Große Straße

Beratung der BO-Vorsitzenden Altkreis Zossen und Trebbin
9.9.2019, 18 Uhr, Bürgerbüro
Ludwigsfelde, Albert-Tanneur-Str. 17

Beratung Redaktion Linksblick
11.9.2019, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
11.9.2019, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Abnahme der Plakate
2.9.–7.9.2019

Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein e. V.:
70. Jahrestag der VR China
20.9.2019, 17 Uhr
Klubhaus Ludwigsfelde

Roter Bericht aus Berlin, zu Gast: Norbert Müller, MdB
27.9.2019, 17 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde,
Albert-Tanneur-Straße 17

Linkstreff: Bericht zum Stand der Koalitionsverhandlungen im Land
1.10.2019, 10 Uhr, Bürgerbüro
Ludwigsfelde, Albert-Tanneur-Str. 17

»Entscheidungen, die das Älterwerden erleichtern« – Vortrag und Diskussion mit Dr. Freese
9.10.2019, 14 Uhr,
Kieztreff Luckenwalde, Burg 22 D

Vor-Ort-Beratung Kreisvorstand gemeinsam mit KTF
12.10.2019, 9.30 Uhr, in Region Nord
(Blankenfelde-Mahlow/Rangsdorf)

Landesfrauenkonferenz
19.10.2019, 10 Uhr
Lothar-Bisky-Haus in Potsdam

Anke Scholz vor Ort: Termine

- 15.8.** 14 Uhr, Alte Aula Blankenfelde, »Volkssolidartät«
- 16.8.** 19 Uhr, Waldstübchen Mahlow, Ortsbeirat
- 17.8.** **Fahrradtour mit »links«**, Carsten Preuß und Anke Scholz in Blankenfelde-Mahlow
- 20.8.** 19 Uhr, Vereinshaus Mahlow, **nachgefragt:** Carsten Preuß und Anke Scholz
- 21.8.** 19 Uhr, Sportplatz Mahlow, »Mittelstandsverein Blankenfelde«
- 26.8.** 12 Uhr, Grüne Passage Blankenfelde, **Anke Scholz trifft Gregor Gysi**
- 27.8.** 19 Uhr, Bürgerhaus Bruno Taut, Dahlewitz, **nachgefragt:** Carsten Preuß und Anke Scholz
- 28.8.** 18.30 Uhr, Hotel van der Falk, Dahlewitz, **MAZ-Talk**

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Nächste Ausgabe:

15. Oktober 2019

Redaktionsschluss:

29. September 2019

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 29. Juli 2019
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2.000, August 2019
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

VORGESTELLT:



Eine von uns **Sarah Feggeler**

wohnt in Ludwigsfelde, engagiert in der Jugendarbeit, jüngste Mitstreiterin in unserer Stadtfraktion DIE LINKE/FiLu, kurz vor der Kommunalwahl 18 Jahre alt geworden, hat ihr Abitur gemacht und beginnt ab Oktober ein duales Studium in Berlin.

Was ist für dich links?

Die große Unterstützung in den sozialen Milieus, und dass sie an alle Menschen denken.

Was regt dich auf?

Dass Menschen sich über Dinge in der Politik aufregen, obwohl sie die Hintergründe nicht kennen. Außerdem, dass man etwas für Jugendliche erschafft, und es doch leider von einigen mit Füßen getreten wird.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Dass ich tatsächlich in der Stadtverordnetenversammlung bin und dort eine Stimme der Bürger sein darf.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich denke, wir sollten alle dankbar sein, hier leben zu dürfen und dass wir EIN Deutschland sind.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Wenn sie emphatisch sind, und ehrlich und ihre Meinung sagen.

Wie sollte Ludwigsfelde in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Ludwigsfelde? Anders gesagt: wovon träumst du?

Ludwigsfelde sollte eine Familienstadt sein, wo es viel für Jung und Alt geben soll. Vor allem auch etwas für die Altersgruppen zusammen.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Da es Ludwigsfelde noch nicht so lange gibt, kann man leider nicht wirklich sehr viel an Kunst und Kultur zeigen. Aber die Kultur die Ludwigsfelde hat, sollte man in einem kleinen Museum vorstellen. Nicht jeder weiß wie Ludwigsfelde entstanden ist oder dass wir eine Autobauerstadt sind.

Nachgefragt hat **Angelika Linke**, Ludwigsfelde

Baukomplettierung Ortsdurchfahrt B 102 in Dahme – Bürger fühlen sich verschaukelt

Seit 2013 wird in Dahme/Mark die Ortsdurchfahrt der B 102 saniert. Am Ortseingang und -ausgang sieht man davon aber nichts, da die Fertigstellung abgebrochen wurde. Nun hat das Land die Fortführung des Baus auch noch verschoben – auf unbestimmte Zeit.

Das verärgert die Menschen in Dahme sehr und man fragt sich, wann der Bau beendet wird.

Die betreffenden Straßenabschnitte sind vom »Holperpflaster« geprägt. Der laufende Autoverkehr, insbesondere die zunehmenden Schwerlasttransporte, machen den Anwohner*innen sehr zu schaffen. Die gemessene Lautstärke von 89,9 dB, so Frank Donath von der Bürgerinitiative, mache eine Nachtruhe unmöglich.

Der Straßenbau im ländlichen Raum bewegt nicht nur die dortigen Bürger*innen. Das rbb-Fernsehen nahm dieses Problem zum Anlass, den landesweit bekannten

Robur-Bus mit seinem Reporterteam nach Dahme/Mark zu schicken.

Dort wurden sie am 14. Juni von Vertreter*innen der gebildeten Bürgerinitiative und über 50 Dahmer Bürgerinnen und Bürger in Empfang genommen.

Diese machten deutlich, dass sie sich vom zuständigen Ministerium und vom Landesbetrieb für Straßenwesen regelrecht verschaukelt fühlen.

Leider waren zu diesem öffentlichen Termin Vertreter*innen dieser Institutionen trotz Einladung nicht erschienen. Jedoch bringen sich die lokalen Politiker verstärkt ein. Kreistagsmitglied Felix Thier nahm diesen Termin zum Anlass, mit den Einwohner*innen ins Gespräch zu kommen. Er machte deutlich, sich für die schnellstmögliche Fortsetzung der Bauarbeiten einzusetzen. Felix Thier, der auch der Direktkandidat der LINKEN für diesen

Landtagswahlkreis ist, wird mit Unterstützung des Landkreises den Kontakt mit den zuständigen Landesstellen suchen.

Manfred Thier, Luckenwalde



Bild oben: Felix Thier mit dem rbb-Reporter
Bild unten: Frank Donath, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Dahme/Mark im Gespräch mit dem rbb; Fotos: Manfred Thier